

Wir IN BERLIN

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

SPD ist starke Opposition

Schwarz-Gelb ohne Zukunftskonzepte

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Neuanfang in der Opposition nach der bitteren Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009 war schwer. Wir haben massiv an Vertrauen verloren. Das können wir nur zurückgewinnen, wenn wir uns selbstkritisch mit den 11 Jahren unserer Regierungsverantwortung auseinandersetzen. Als größte Oppositionsfraktion haben wir bereits in den ersten Monaten die unsoziale Politik von CDU/CSU und FDP ein ums andere Mal entlarvt.

Die 100-Tage-Bilanz der neuen Bundesregierung war verheerend und auch in den Wochen seitdem hat sich nichts zum Besseren gewendet. Wir sind nicht schadenfroh über die chaotische Regierungsarbeit von Schwarz-Gelb, denn Deutschland befindet sich in einer kritischen Lage. Die jetzt zu treffenden politischen Entscheidungen bestimmen die Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten. Das spüren die Menschen im Land, die wegen der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Situation sehr verunsichert sind und klare Konzepte von der Regierung erwarten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diese Konzepte nicht. Ihre Politik orientiert sich nicht am Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger, sondern an den Interessen einzelner Klientel. Steuergeschenke werden als „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ getarnt. In wichtigen Politikbereichen wie der Arbeitsmarkt- und der Gesundheitspolitik streiten sich CDU/CSU und FDP, statt sich zu einigen und der Verantwortung für unsere Land



**Vertreten Thüringen im Deutschen Bundestag:
Steffen-Claudio Lemme, Iris Gleicke und Carsten Schneider**

gerecht zu werden. Politischer Stillstand in Deutschland ist die Folge. Die Bundeskanzlerin ist untätig: Statt energisch anzupacken, lässt sie den Dingen ihren Lauf.

Wir legen unsere eigenen Konzepte vor und suchen die inhaltliche Auseinandersetzung mit den anderen Parteien um die besseren politischen Ideen. Als Thüringer Bundestagsabgeordnete wollen wir unseren Teil dazu beitragen. Auf den folgenden Seiten möchten wir euch deshalb über die Schwerpunkte unserer Arbeit im Deutschen Bundestag informieren. Auch wenn wir nur noch zu dritt sind, freuen wir uns über jede Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch und über Einladungen in eure Ortsvereine, um mit euch zu diskutieren.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

IRIS GLEICKE

Hartz IV und
Arbeitsagenturen

SEITEN 2, 3

STEFFEN-CLAUDIO LEMME

Gesundheit und
Kampf gegen Rechts

SEITEN 4, 5

CARSTEN SCHNEIDER

Erneuerbare Energien
und Mindestlohn

SEITEN 6, 7

WIR VOR ORT

Unsere
Wahlkreisbüros

SEITE 8



Iris Gleicke

ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Suhl sowie den Landkreisen Schmalkalden-Meinungen und Hildburghausen.

Iris ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsabgeordneten. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und gehört der AG Rechtsextremismus und dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an.

Außerhalb des Bundestages ist Iris u. a. stellvertretende Landesvorsitzende der Thüringer SPD, Beisitzerin im Vorstand des Thüringer Mieterbundes, Vorsitzende des Fördervereines Jugendzentrum Wiesenbauschule e. V. Schleusingen und Vorsitzende des ASB Suhl.

www.iris-gleicke.de

Änderungen an Hartz IV

Fehlentwicklungen abstellen, notwendige Korrekturen durchsetzen

Mit ihren jüngsten Änderungsvorschlägen zu Hartz IV hat die SPD erneut unterstrichen, dass die Sozialgesetzgebung der vergangenen Jahre nicht in Stein gehauen ist. Nur selbstgerechte Narren behaupten, gegen jeden Irrtum immun zu sein. Für uns als ostdeutsche Sozialdemokraten zählt allein die gesellschaftliche Realität. Uns geht es um die berechtigten Interessen der betroffenen Menschen, die auf unsere Tatkraft vertrauen. Seinerzeit nicht absehbare Fehlentwicklungen müssen konsequent abgestellt und notwendige Korrekturen durchgesetzt werden.

Bei den Hartz-IV-Regelsätzen für Erwerbssuchende gibt es klaren Handlungsbedarf. Wir wollen das Arbeitslosengeld I auf 24 Monate verlängern, wenn sich der Erwerbssuchende beruflich weiterqualifiziert. Wir wollen die Leih- und Zeitarbeit zeitlich befristen, denn dieses Instrument wird gegenwärtig vielfach und skrupellos zur Lohndrückerei missbraucht. Wir kämpfen für den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir müssen heute selbstkritisch feststellen, dass es ein schwerer Fehler war, den Mindestlohn damals nicht gemeinsam mit den anderen Sozialreformen durchgesetzt zu haben. Spätestens mit der Finanzkrise ist deutlich geworden, dass eine soziale Marktwirtschaft feste Regeln braucht, wenn das gute Wort von der gerechten Teilhabe nicht zur leeren Hülle verkommen soll.

Das Urteil der Karlsruher Richter zu den Hartz-IV-Regelsätzen vom Februar hat deutlich gemacht, dass das Gesetz der ständigen Überprüfung bedarf. Wir nehmen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst und werden in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, den Gewerkschaften und der Wissenschaft bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder formulieren. Aber die Teilhabe von Kindern darf nicht auf Geldleis-

tungen reduziert werden. Wir setzen auf gute und kostenfreie Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter und auf den Ausbau der Ganztagschulen. Dazu gehört auch ein kostenfreies Mittagessen. Auch der Zugang zu Sport und Kultur gehört in unseren Augen zum Existenzminimum – der Mensch lebt bekanntlich nicht vom Brot allein. All das muss bezahlt werden. Aber letztendlich ist die Zukunft unserer Kinder wichtiger als die unfinanzierbaren Steuersenkungsversprechen der schwarz-gelben Bundesregierung. Sie denunziert Arbeitslose als faul und träge und will wider besseres Wissen den Ländern und den Kommunen die finanziellen Möglichkeiten für den Ausbau der Infrastruktur nehmen.

Wir begrüßen nachdrücklich, dass sich der SPD-Parteivorstand unsere bereits Ende 2006 formulierte Forderung nach einem sozialen Arbeitsmarkt zu eigen gemacht hat und 200.000 Beschäftigungsverhältnisse im gemeinnützigen Bereich schaffen will. Dieser dritte Arbeitsmarkt ist gewiss kein Allheilmittel. Aber er ist absehbar die einzige Möglichkeit, eine große Zahl von Menschen in eine sinnvolle Beschäftigung zu bringen und ihnen damit ihre Würde zurückzugeben. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir bereits im Juni 2007 mit der Einrichtung des Kommunal-Kombi gemacht, von dem auch Regionen in Thüringen profitieren konnten. Jetzt müssen weitere Schritte folgen.

Die eigene Position immer wieder offen und selbstkritisch an der Realität zu überprüfen, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern eine der Stärken der deutschen Sozialdemokratie. Wir stehen für Chancengleichheit und gerechte Teilhabe. Das dauerhafte Fortbestehen eines gesellschaftlichen Oben und Unten können, wollen und werden wir niemals akzeptieren. ■

Neuorganisation der ARGEn

Wir sagen klar NEIN zu Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik

Die ARGEn sind in ihrer jetzigen Form nicht verfassungskonform. Als der damalige SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz im letzten Jahr vorschlug, dass die Kommunen und die Agenturen für Arbeit ihre Aufgaben gemeinsam in „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ wahrnehmen sollten, waren fast alle Bundesländer einverstanden. Die CDU/CSU-Fraktion legte sich jedoch quer und plante nach der Bundestagswahl gemeinsam mit der FDP eine Trennung der Aufgaben. Das wäre ganz klar auf Kosten derer gegangen, die auf die Unterstützung aus den ARGEn angewiesen sind.

In einem erzwungenem Akt später Einsicht hat Bundesministerin von der Leyen eingelenkt und der notwendigen Änderung des Grundgesetzes zugestimmt. Es wird beim Modell der Gewährung von Leistungen und Hilfen aus einer Hand bleiben. Nach langen Verhandlungen hat es die SPD geschafft, die im Koalitionsvertrag fest-

gelegte getrennte Aufgabenwahrnehmung zu verhindern. Die bewährte Zusammenarbeit in den JobCentern kann fortgeführt werden und wird verfassungsrechtlich abgesichert. Neben dem Erhalt der ARGEn konnten wir auch einen besseren Betreuungsschlüssel durchsetzen. Sind die Arbeitssuchenden unter 25 Jahren, betreut künftig ein Arbeitsvermittler 75 von ihnen. Bei den über 25-Jährigen kümmert sich ein Vermittler um 150 Arbeitssuchende.

Jetzt muss die schwarz-gelbe Koalition zum ausgehandelten Kompromiss stehen und ihre Sperrung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zurücknehmen. Für uns ist klar, dass es bei der erhöhten Zahl der Vermittler bleiben muss, um gerade Langzeitarbeitslose besser auf ihrem Weg zurück in die Arbeit unterstützen zu können. Bei der Arbeitsmarktpolitik darf nicht gekürzt werden. Sie ist nicht das Sparschwein für Steuergeschenke. ■

Internet für alle

Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden



Iris Gleicke in der Diskussion mit Vertretern des Verbandes der Ingenieure für Kommunikation

Leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informationsaustausch sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum. Besonders die mittelständischen Unternehmen müssen sich auf dem deutschen und internationalen Markt behaupten können. Wir müssen verhindern, dass etablierte Thüringer Unternehmen auf Grund von mangelnder Breitbandversorgung eingeschränkte Wettbewerbschancen haben.

Breitband ist ein wichtiger Standortfaktor geworden, der Arbeitskräfte schaffen und sichern kann. Welcher Konzern würde sich schon einen Standort ohne ausreichend gesicherte Internetanbindung suchen?

Auch in der Schule wird mittlerweile längst vorausgesetzt, dass sich Schülerinnen und Schüler der modernen Medien bedienen. Lehrer setzen bei ihren Schülern darauf, dass diese zuhause ihre Informationen auch aus dem „Netz“ beziehen können. Ganz zu schweigen davon, dass Schulabgänger heute kaum eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt haben, wenn sie nicht „fit“ am Computer sind.

Gefragt sind jetzt innovative und intelligente technische Lösungen, um den ländlichen Raum nicht abzuhängen. Die Anbieter stehen ebenso in der Pflicht wie die Bundesregierung. Wir werden deshalb in Berlin und bei den Betreibern Druck machen, damit die Lücken im Netz so schnell wie möglich geschlossen werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, wenn man sich die weißen Flecken auf der Landkarte Thüringens ansieht! Landkreise und Kommunen gerade im Osten Deutschlands dürfen nicht wieder zu einem „Tal der Ahnungslosen“ werden. ■



Steffen-Claudio Lemme

ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Kyffhäuser, Sömmerda und Weimarer Land.

Steffen ist stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Petitionsausschuss. Derzeit arbeitet er mit anderen Kollegen an der Gründung eines Gewerkschaftsrates der SPD-Bundestagsfraktion. Außerhalb des Bundestages arbeitet Steffen als Gewerkschaftssekretär und ist Versichertenvertreter im Verwaltungsrat der AOK PLUS.

www.steffen-lemme.de

Gesundheitsversorgung in Deutschland

Regierung plant die historische Zäsur

Bewusst habe ich mich für die Mitarbeit im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages entschieden. Meine Beweggründe sind einfach! An kaum einer anderen Stelle treten die politischen Unterschiede oder gar ideologischen Orientierungen so deutlich zu Tage wie hier.

Unser System der sozialen Gesundheitsversorgung hat in der Vergangenheit widrigste Bedingungen überstanden, Wirtschaftskrisen gemildert und Diktaturen überdauert. Es ist Ausdruck gesellschaftspolitischer Überzeugung und Tradition seit deutlich über einem Jahrhundert. Wir Sozialdemokraten waren es, die den konservativen Eliten im Kaiserreich ein System solidarischer Sozialversicherung im politischen Kampf abgerungen haben. Gerade die solidarische Gesundheitsversicherung wurde zu einem prägenden – wenn nicht sogar zum bestimmenden – Element aller Formen demokratischer Staatlichkeit auf deutschem Boden.

Mit dem Antritt der schwarz-gelben Bundesregierung stehen wir Sozialdemokraten nun vor der Herausforderung, dieses sozialpolitische Erbe zu verteidigen. Es geht in dieser Legislaturperiode nicht nur darum, welche Weichen in der Gesundheitspolitik für die kommenden Jahre gestellt werden. Vielmehr gilt es, den von der Regierung angestrebten grundlegenden Systemwechsel unbedingt zu verhindern. Wir müssen nicht nur gemeinsam gegen eine Privatisierung von Gesundheitskosten in Form der geplanten Kopfpauschale eintreten, die – das hat das Schweizer Beispiel gezeigt – große Teile unserer Gesellschaft zu Bittstellern des Staates machen würde. Wir sind vielmehr dazu verpflichtet, uns mit Vehemenz gegen das Gesellschaftsbild dieser Regierung zu stemmen, wonach jeder auf sich allein gestellt ist. Es wird in den kommenden Monaten darauf



FES-Podium zur Zukunft der Gesundheitspolitik in Sömmerda

ankommen, bei allen politischen Auseinandersetzungen daran zu erinnern, dass wir für eine Gesellschaft der solidarischen Bürgerinnen und Bürger eintreten, in der jeder nach seiner individuellen Leistungsfähigkeit einen Beitrag leistet. Lassen wir nicht nach zu betonen: Wir wollen nur in einer solidarischen Gesellschaft leben!

Es ist nun an uns, unsere Oppositionsrolle selbstbewusst anzunehmen und die Auseinandersetzung auf ausnahmslos allen politischen Feldern schonungslos zu suchen und den Bürgerinnen und Bürgern unsere Alternativen zu verdeutlichen. Eines ist für mich klar: Nur mit einer Weiterentwicklung hin zu einer solidarischen Bürgerversicherung werden wir den Finanzierungsproblemen in der gesetzlichen Krankenversicherung begegnen können und so gesellschaftliche Stabilität auch in Zukunft sichern helfen. Doch auch mit der Bürgerversicherung wird eine gute und allumfassende medizinische Versorgung immer Geld kosten. Sie sollte es uns auch immer wert sein! ■

Programme gegen Rechts unverzichtbar

Bundesmittel unbedingt notwendig

Bereits in meiner Jugend und später im Berufsleben sowie als Thüringer DGB-Landesvorsitzender habe ich mich dem Kampf gegen die braune Ideologie verschrieben. In meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion setze ich mich intensiv für die Fortsetzung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und deren nachhaltige Finanzierung ein.

Der Aufmarsch von Neonazis anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens sowie deren geplante Aktion in Erfurt am 1. Mai verdeutlicht erneut die Bedrohung der Demokratie durch alte und neue Rechtsextreme. Dem müssen alle demokratischen Kräfte entschieden entgentreten. Mir ist völlig unverständlich, dass dringend benötigte Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgedünnt werden und somit sein besonderes Bedrohungspotential trivialisiert wird.

Die erste Programmphase der Bundesprogramme „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ endet in diesem Jahr. Es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass bewährte Projekte durch eine verlässliche Förderung auf Bundesebene verstetigt werden, um so den engagierten Einsatz gegen Rechtsextreme zu sichern.



Steffen-Claudio Lemme vor einer Debatte gegen Rechtsextremismus

Wir müssen durch Aufklärung und Bildungsangebote für mehr Toleranz und Demokratie werben. Dies sehe ich nicht nur als Vorsitzender des Vereins „Mobit e. V. – Mobile Beratung in Thüringen“ so, sondern auch als jemand, der rechte Gewalt am eigenen Leib erfahren hat. Daher fordere ich die Bundesregierung auf, die Gefahr von rechts nicht länger zu bagatellisieren und sich zu den bestehenden Programmen zu bekennen. Der Kampf gegen Rechts ist nicht nur eine Frage der Courage, sondern auch immer eine Frage der Mittel. ■

Arbeit im Petitionsausschuss

Schnittstelle zwischen Parlament und Bürger

Jedes Gesetz, so gut es auch von Politikern und Juristen durchdacht zu sein scheint, kann in der Praxis Unvollkommenheiten aufweisen. Als Mitglied des Petitionsausschusses befasse ich mich mit der Kritik und den Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern. So bin ich unmittelbar mit den Auswirkungen politischen Handelns konfrontiert und permanent besonders nah am echten Leben dran. Im Petitionsausschuss bekomme ich einen Einblick in andere Politikfelder und kann Erfahrungen von Petenten in die Facharbeitsgruppen der Fraktion einbringen. Für mich ist es spannend, Hinweise aus den Petitionen aufzugreifen und politisch zu einer Lösung zu kommen.

Der Anspruch unserer Arbeit im Ausschuss muss sein, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gründlich zu

prüfen. Gelegentlich werden sie persönlich oder Experten eingeladen und gehört. So findet am 17. Mai eine öffentliche Beratung zur Petition gegen Seenprivatisierungen statt. Seen sollen als öffentliches Gemeingut für alle nutzbar bleiben. Besonders ostdeutschen Ländern fehlen oft die Mittel, die Gewässer zu kaufen. Deshalb sollen sie diese unentgeltlich erwerben können und der Bevölkerung zugänglich machen. Schließlich haben Seen nicht nur einen Naherholungswert, sondern sind auch ein bedeutender Tourismusfaktor.

Jeder kann mit einer Petition auf Missstände hinweisen, Verbesserungen vorschlagen oder eine persönliche Angelegenheit vortragen. Durch das neue Internetportal „e-Petitionen“ ist es jetzt noch einfacher, sich politisch einzumischen. ■



Carsten Schneider

ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Erfurt, Weimar und dem Grammetal in Berlin.

Carsten ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen. Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Außerhalb des Bundestages sitzt Carsten u. a. im Kuratorium der Aktion Gemeinsinn e. V. und ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Initiative Musik gGmbH.

www.carsten-schneider.de

Solarenergie hat Zukunft

Ausbau der erneuerbaren Energien muss weiter gehen

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat die SPD vor zehn Jahren die Energiewende eingeleitet. Seitdem hat sich Thüringen zu einem führenden Standort in der Solarindustrie entwickelt. Heute arbeiten über 5.000 Menschen in der Thüringer Solarbranche, die Potential für noch mehr Beschäftigung hat.

Im letzten Jahr wollte die CDU/CSU die Solarförderung massiv kürzen. Das hat die SPD verhindert. Die Fördersätze sanken zum 1. Januar nicht um 20 Prozent, sondern nur um 9 Prozent. Jetzt will die schwarz-gelbe Koalition die Einspeisevergütung für Solarstrom noch in 2010 um bis zu 16 Prozent weiter senken. Diese Kürzungspläne lehnen wir ab, weil sie mit unkalkulierbaren Risiken für die Unternehmen verbunden sind.

Solarunternehmen werden geplante Investitionen nicht umsetzen, weil ihnen die Planungssicherheit fehlt. Beschäftigten droht der Verlust des Arbeitsplatzes. Außerdem gefährden die Kürzungen einen Standortvorteil des Ostens. Rund 18 Prozent der weltweit produzierten Solarzellen stammen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mit den Produktionsstandorten hat sich eine leistungsfähige Forschungslandschaft entwickelt. In Thüringen z. B. forschen Wissenschaftler zur Solarenergie an Instituten in Ilmenau, Jena, Erfurt und Rudolstadt.

In der aktuellen Diskussion zeigt sich das wahre Gesicht von Schwarz-Gelb. Auf Druck der Atomlobby läuft zeitgleich zu den Kürzungsplänen alles auf einen Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie hinaus. Atomkraftwerke, die bereits abgeschaltet sein sollten, bleiben länger am Netz. Die damit verbundenen enormen Sicherheitsrisiken werden entweder kleingeredet oder einfach ignoriert.



Carsten Schneider beim Aktionstag der Solarunternehmen

Wir setzen auf eine ökologische Industriepolitik und sind vom Potential der Solarenergie überzeugt. Spätestens 2013 könnte die Netzparität erreicht sein, d. h. Solarstrom wäre dann genau so günstig wie anderer Strom. Nur regenerativen Energien gehört die Zukunft. Sie sichern Ausbildung und Beschäftigung. Bis 2020 könnten deutschlandweit eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen – viele davon in Thüringen.

CDU/CSU und FDP behindern durch ihre Politik den Ausbau der erneuerbaren Energien. Längere Laufzeiten für veraltete Atomkraftwerke und überzogene Kürzungen der Einspeisevergütung für Solarstrom widersprechen jeglicher ökologischer und wirtschaftspolitischer Vernunft. Das wird die SPD nicht mitmachen. ■

Gerechte Löhne für gute Arbeit

Gesetzlicher Mindestlohn muss kommen

Die SPD ist für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. In der großen Koalition haben wir gegen die CDU/CSU branchenspezifische Mindestlöhne durchgesetzt, z. B. für die Gebäudereiniger oder die Wach- und Sicherheitsdienste. Aber immer noch arbeiten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für sittenwidrig niedrige Löhne.

So muss für die Zeitarbeit endlich auch eine verbindliche Lohnuntergrenze gelten. Obwohl es immer wieder Missbrauch von Leiharbeit gibt, unternehmen CDU/CSU und FDP nichts gegen die-

ses andauernde Lohndumping. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss überall gelten. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen nach ihrer Einarbeitungszeit den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbesellschaft.



Jeder muss in Deutschland von seinem Einkommen leben können. Wir brauchen Löhne, die höher sind als Sozialleistungen. Besonders für die Beschäftigten in Thüringen wäre ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn wichtig, weil sie deutschlandweit nach wie vor die niedrigsten Löhne erhalten. ■

Solide Haushalts- und Finanzpolitik

Kommunen in der Krise unterstützen

Für die SPD gehört eine solide Haushalts- und Finanzpolitik zu ihren Leitlinien. Ganz anders dagegen CDU/CSU und FDP: Ihr „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ belastet Thüringen in 2010 mit Einnahmeausfällen von rund 55 Millionen Euro. Weitergehende Steuersenkungen für Besserverdienende zählen dabei noch nicht mit.

CDU/CSU und FDP schwächen die Leistungsfähigkeit der Kommunen, auch indem sie die Gewerbesteuer abschaffen wollen. Wie wichtig diese Einnahmequelle z. B. in Thüringen ist, belegen Zahlen. In 2009 belasteten Steuerausfälle von 161 Millionen Euro die Thüringer Kommunen. Allein die Gewerbesteuereinnahmen sanken um 130 Millionen Euro.

Die Kommunen kürzen bei den Investitionen, der Bildung und der sozialen Daseinsvorsorge. Freiwillige Leistungen wie Zuschüsse für Kinder- und Jugendtheater, Bibliotheken, kommunale Kinos oder Sporteinrichtungen fallen weg. Vor allem Kinder aus einkommensschwächeren Familien sind davon betroffen. Am Ende geht die Politik von Schwarz-Gelb besonders zu Lasten der Jüngeren. Sie bekommen schlechtere Kindergärten und Schulen und müssen künftig die Last höherer Schulden tragen.

Bund und Länder müssen einen kommunalen Rettungsschirm über 4 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre spannen. Dafür haben wir bereits ein Konzept vorgelegt, dass u. a. folgende Forderungen berücksichtigt: CDU/CSU und FDP müssen das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers von 1 Milliarde Euro zurücknehmen und den Kommunen ihre Einnahmeausfälle ersetzen, die ihnen infolge des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ entstanden sind. Außerdem muss die schwarz-gelbe Koalition ihre beabsichtigten Steuersenkungspläne aufgeben und langfristig die Einnahmen aus der Gewerbesteuer durch eine breitere Bemessungsgrundlage stabilisieren.

Im Bundeshaushalt 2010 haben CDU/CSU und FDP mit ihren Steuergeschenken an einzelne Klientel die Neuverschuldung auf die Rekordhöhe von rund 80 Milliarden Euro hochgeschraubt. Daher fordern wir als SPD eine Steuer auf alle Finanztransaktionen, um die Einnahmesituation des Staates zu verbessern. Dadurch könnte Deutschland bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Diejenigen, die die Finanzkrise verursacht haben, sollen auch für den entstandenen Schaden bezahlen. Aber das verhindern CDU/CSU und FDP bisher. ■

Wir vor Ort – Unsere Wahlkreisbüros

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit euren Anliegen könnt ihr euch an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Wahlkreisbüros wenden. Sie sind für euch Ansprechpartner bei Terminanfragen, bei Einladungen in eure Ortsvereine und Kreisvorstände, zu Diskussionsrunden oder zu Feierlich-

keiten und bei vielem mehr. Von ihnen erhaltet ihr außerdem Informationsmaterial aus der SPD-Bundestagsfraktion für eure politische Arbeit vor Ort. Ihr seid auch herzlich eingeladen, uns in Berlin zu besuchen. Über unsere Büros könnt ihr euch gern dafür anmelden.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

Iris Gleicke

Wahlkreis:

Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen

Betreuungswahlkreise:

Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

Büro Suhl (Rosemarie Recknagel):

Würzburger Str. 3, 98529 Suhl

Telefon: (03681) 30 38 59

Telefax: (03681) 30 37 24

E-Mail: iris.gleicke@wk.bundestag.de

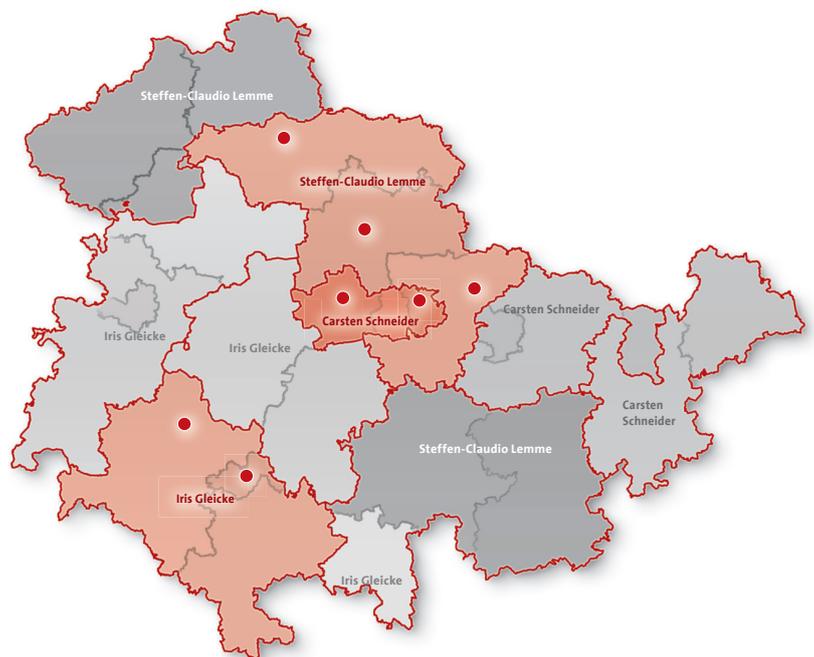
Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):

Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30

Telefax: (03683) 46 78 29

E-Mail: iris.gleicke@wk2.bundestag.de



Steffen-Claudio Lemme

Wahlkreis:

Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I

Betreuungswahlkreise:

Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):

Weißenseer Str. 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61

Telefax: (03634) 31 71 63

E-Mail: steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de

Büro Sondershausen (Steffen Sauerbier):

Ferdinand-Schlufner-Str. 23-25, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99

Telefax: (03632) 54 28 39

E-Mail: steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de

Büro Apolda (Tobias Schläger, Jenny Füsting):

Goerdeler Straße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35

Telefax: (03644) 51 44 37

E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk05@wk.bundestag.de

Carsten Schneider

Wahlkreis:

Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Betreuungswahlkreise:

Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis, Greiz – Altenburger Land

Büro Erfurt (Brita Schweitzberger):

Andreasstr. 25a, 99084 Erfurt

Telefon: (0361) 2 66 68 15

Telefax: (0361) 5 66 07 95

E-Mail: carsten.schneider@wk.bundestag.de

Büro Weimar (Sven Steinbrück):

Goetheplatz 9b, 99423 Weimar

Telefon: (03643) 7 73 70 00

Telefax: (03643) 7 73 70 01

E-Mail: carsten.schneider@wk2.bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme, Carsten Schneider
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Satz: Dirk Malewski; Druck: SPD-Bundestagsfraktion; Redaktionsschluss: 1. April 2010